

KGW's Rundschreiben



25.01.2017
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Wenn ein Jahr zu Ende ist, lässt man es Revue passieren. Als besonders kann man den Ölpreisverfall, den Börsencrash in China, die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten, die Zinspolitik der EZB (Inflationsauswirkungen auf Deutschland), die BREXIT-Entscheidung sowie die Art, wie wir Deutsche die Flüchtlingskrise bisher gehandelt haben bzw. künftig damit umgehen, herausstellen.

Euro-Zone: Im Dezember 2016 ermittelte eine Abteilung der EU-Kommission eine Steigerung des Economic Sentiment Indicator um 1,2 auf 107,8 Punkte (höchster Stand seit 2011). Es wird darin das Befinden in Unternehmen und privaten Haushalten gemessen. Von derselben Kommission wurde das Geschäftsklima für die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe gemessen und man stellte hier ebenfalls einen Anstieg fest. Für 2017 sagen die Institute ein Wachstum von knapp 1,6% voraus (in Relation dazu das Weltwirtschaftswachstum = ca. 2,9% / Prognose 2017: ca. 3,5%).

Gestiegene Löhne und Gehälter, aber insbesondere gestiegene Rohstoffpreise, haben zu einer höheren Inflationsrate geführt. Sie betrug im Dezember ca. 1,1%, ist also noch weit von der Wunschvorstellung des Mario Draghi entfernt. Dieser hat sein Ziel jetzt auf 2018/2019 verschoben. An der Politik des lockeren Geldes wird er aber festhalten. So hat er die Wertpapierkäufe um 9 Monate (bis Ende Dezember 2017) verlängert, allerdings deren monatlichen Umfang auf 60 (statt bisher 80) Milliarden Euro verringert. Beim gestiegenen Ölpreis im Jahr 2008 erhöhte Jean-Claude Trichet ebenfalls die Zinsen, was aus heutiger Sicht eine Fehlentscheidung war. Im gleichen Fahrwasser schwimmt nun Mario Draghi.

In diesem Jahr stehen in einigen EU-Ländern Wahlen an. Besonders schaut man auf Frankreich, wo die Chefin des rechtsextremen Front National, Marine LePen, angekündigt hat, den Euro aufzugeben und zu einem anderen System nationaler Währungen, nämlich dem ECU zurückzukehren. Darüber hinaus will sie die Staatsschulden Frankreichs in eine neue französische Währung umrechnen. Sollte LePen die Wahl gewinnen, wird sie, wie bereits mehrfach angekündigt, den Austritt Frankreichs aus der EU anstreben.

China: Die Ratingagentur Fitch hat für 2017 ein Wachstum der chinesischen Wirtschaft um nur knapp 6,5% vorausgesagt (2016 waren es noch ca. 6,7%). Das wäre das schwächste Wachstum seit ca. 25 Jahren. Besonders weist man auf die steigende Staatsverschuldung hin. Hier gibt es Parallelen zu Japan, welches in der zweiten Hälfte der 80er Jahre innerhalb von 5 Jahren ebenfalls eine Verschuldung auf 45% zeigte. Noch heute hat man sich von dieser Finanzkrise nicht erholt.

USA: Wie Donald Trump seine Ankündigungen (America first) umsetzen möchte, bleibt abzuwarten. Wohin die Lokomotive der weltweiten Wirtschaft (USA) fahren wird, ist heute noch fraglich. Werden Strafzölle für Einfuhren, der Austritt aus der Welthandelsorganisation WTO oder andere protektionistische Maßnahmen wie angekündigt durchgesetzt, wäre das sicherlich ein schwerer Schlag für das weltweite Wirtschaftswachstum.

Trump hatte im Vorfeld Front gegen mexikanische Billigimporte gemacht. Das hatte bereits Auswirkungen dahingehend, dass Mexiko vor einigen Tagen den Verfall seiner Landeswährung Peso mit Dollarverkäufen bremsen musste. Die Geschäftsleitung eines großen US-Automobilherstellers hat bereits die Investition in ein neues Werk in Mexiko gestrichen.

BRICS-Staaten: Für die Schwellenländer Brasilien, Indien, China und Südafrika gibt es für 2017 gute Nachrichten. Die OECD rechnet mit einem Wachstum von über 7,5%.

Deutschland: Für die Bundesrepublik Deutschland sagen die OECD-Experten für 2017 eine Abschwächung des Wachstums der deutschen Wirtschaft auf 1,5% (2016 waren es noch 1,8%) voraus, was aber an der im Vergleich zum letzten Jahr, geringeren Zahl der Arbeitstage begründet ist. Vor allem der Bundesverband Großhandel (BGA) prognostiziert das Wachstum der Ausfuhren bis 2,5%, was über 1,2 Billionen Euro bedeuten würde.

Während auch bei uns die Inflation im Dezember mit 1,7% auf den höchsten Stand seit 2013 gestiegen ist, bleiben die Zinsen dank der lockeren Geldpolitik der EZB auf nahezu Null. Für die Sparer und alle, die Geld anlegen, bedeutet das Verluste. Man kann es auch anders sagen: Enteignung! Die deutschen Bundesbürger horten mehr als 5 Billionen Euro. Bei einer Inflationsrate von 1% verliert ihr Vermögen 50 Milliarden Euro Kaufkraft pro Jahr und bei 1,5% bereits 75 Milliarden Euro. Forderungen an den EZB-Präsidenten Mario Draghi, die Zinsen schrittweise zu erhöhen, sind bisher jedoch auf taube Ohren gestoßen. Bisher hat Draghi seine Nullzinspolitik mit der Deflationsgefahr begründet und es bleibt abzuwarten, welche Erklärungen er jetzt parat hat. Es wird befürchtet, dass er seine Politik nicht ändert, was für uns Deutsche bei höheren Preisen und anhaltenden Minizinsen bedeutet, dass das Vermögen der Bundesbürger aufgefressen wird. Man kann es krass sagen und die Politik des italienischen EZB-Präsidenten als unglaublich einordnen. Damit hilft er ausschließlich schwächelnden südeuropäischen Ländern.

Der Deutsche neigt nun mal zur Sicherheit, d.h. zum Sparen. „Kluge“ Experten raten deshalb Privatanlegern zum Umdenken. Sie empfehlen das Aktiensparen. Dabei verweist man immer wieder auf die Möglichkeit zur Gewinnmaximierung, wenn man die Aktien nur lange genug hält. Wissentlich wird aber verschwiegen, dass man mit diesen Anlagen auch viel Geld verlieren kann. Anleger von großen Vermögen haben in entsprechenden Fachleuten Hilfe bei ihren Investments. Den Sparer von kleinen und mittleren Anlagewerten sollte man zukünftig aber entlasten. Dazu wäre es erforderlich, Steuern und Sozialbeiträge zu senken. Darüber hinaus sollte die Altersvorsorge von der Politik durch die Schaffung von neuen Fördermöglichkeiten attraktiver gemacht werden, um die Folgen der Nullzinspolitik auszugleichen.

Alle Menschen auf der Welt wünschen sich, frei zu leben, ohne Krieg und Gewalttätigkeiten jeglicher Art, bis sie eines natürlichen und friedlichen Todes sterben. Immer wieder gab es Gründe, dass sie ihr Heimatland verließen und sich zu Völkerwanderungen entschlossen.

Im September entschied sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel, deutsche Grenzen zu öffnen und damit Nichtdeutschen die Möglichkeit zu geben, auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einzuwandern und gegebenenfalls dort auch Schaden anzurichten. Als Erklärung hörte man vielfach, dass ein Schützen der Grenzen nicht möglich sei. Charles de Gaulle wird der Satz zugeschrieben, dass ein Staat ein Gebiet mit einer Armee und einer Währung ist. Wobei Armee in diesem Falle auch für den Schutz des Gebietes und den Schutz der Grenzen steht. Länder haben ihre Grenzen unterschiedlich geschützt, wobei hier nur der Limes oder die chinesische Mauer angeführt seien. Jedem Land muss das Recht zustehen, sich durch Grenzen vor illegalen Einwanderern, seien es Kriegsflüchtlinge oder Asylbewerber irgendwelcher Art, zu schützen. Wer legal eingewandert ist, kann sich in dem Land frei bewegen. Es ist geltendes Recht, dass es so viele Asylbewerber und Flüchtlinge, wie es sie im Augenblick in Deutschland gibt, nach dem Dubliner Übereinkommen aus dem Jahr 1990 nicht geben darf. Entsprechende Personen müssen sich dort registrieren lassen, wo sie erstmals europäischen Boden betreten haben. Von diesem Standort können sie nach einem geltenden EU-Schlüssel auf die anderen Mitgliedsstaaten verteilt werden. Es ist nur zu verständlich, dass Griechenland, Italien oder z.B. die Balkanstaaten die Ankömmlinge möglichst schnell in die nördlicher gelegenen Länder abzuschieben versuchen. Dass die Personen in die Länder gehen wollen, wo es die attraktivsten Sozialleistungen gibt, ist ebenso verständlich. Wer einmal die Bundesrepublik erreicht hat, darf bleiben, bis sämtliche Rechtsmittel ausgeschöpft sind; und diese Verfahren sind lang. Selbst, wenn der Antrag des Asylsuchenden abgelehnt wird, hat er durch eine Klage die Chance auf ein weiteres Aufenthaltsrecht. Als die Bundeskanzlerin am 04.09.2015 das Dublin-Verfahren aushebelte, haben das viele Flüchtlinge als „Einladung“ aufgefasst. Es strömten im Jahr 2015 weit über 1 Millionen Menschen nach Deutschland und 2016 waren es immerhin noch über 320.000 (zuzüglich einer unbekanntenen Zahl nichtregistrierter Einwanderer). Der am 23.08.2015 veröffentlichte 10-Punkte-Plan zu Flüchtlingsfragen (von Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier), hatte nicht den gewünschten Erfolg. Ein Teil der Flüchtlinge und illegalen Einwanderer kooperierte mit kriminellen Schleusern. In 2016 wurden über 900 mutmaßliche Schleuser festgenommen. Die meisten Tatverdächtigen stammen aus Syrien, gefolgt von Polen, Deutschland, Irak und Russland. Schwerpunktgebiet für Schleuserkriminalität ist die Grenze zu Österreich, an der bis Ende November 2016 über 480 mutmaßliche Schleuser gefasst wurden.

Im August 2015 erklärte der Bundesinnenminister: „Die Reform des Dublin-Systems hin bis zu einer fairen europäischen Lastenteilung mit festen Aufnahmequoten muss voran getrieben werden. Auf Dauer wird es Schengen ohne Dublin nicht geben können und kontrollfreie Grenzen werden auf Dauer keinen Bestand haben ohne eine europäische Asylpolitik.“ Für diese Aussage wurde er zurückgepfiffen und man verlagerte die Zuständigkeit in Asylfragen auf das Kanzleramt.

Nach den Zahlen der UN-Flüchtlingsorganisation gibt es augenblicklich 60 Millionen Flüchtlinge auf der Welt. Die Zuströme sind aber nicht nur kriegsbedingt, sondern es zieht Menschen einfach nur in andere Länder, weil man sich dort bessere Lebensumstände verspricht. Für Asylbewerber, die in Deutschland ein Bleiberecht haben, gibt es die Nachzugsregelung, mit der sie Ehepartner und Verwandte ebenfalls nach Deutschland holen können. Zahlen belegen, dass entsprechende Familien schneller wachsen, als die der Bundesdeutschen.

Zu diesem Thema gäbe es noch viel zu schreiben, aber wir beschränken uns auf diese Meinung in Kurzfassung: Rückgewinnung der Kontrollen über unsere Grenzen bzw. die des Schengen-Raumes. Die Existenz unserer deutschen Kultur muss gesichert sein, damit unsere Gesellschaft überlebt. Jeder, der in die Bundesrepublik Deutschland einwandert, fördert nur dann unseren Wohlstand, wenn sein Qualifikationsniveau und die kognitive Kompetenz (logisches Denken; Erfassen von Zusammenhängen; Fähigkeit, sich Dinge zu merken; sich seinem Umfeld anzupassen; sich in das Umfeld einzuordnen) höher ist, als die der aufnehmenden Bevölkerung. Der Einwanderer muss die Gesetze des aufnehmenden Landes respektieren und deren Sprache lernen. Minimum ist, seinen Unterhalt durch eigene Arbeit und Leistung zu verdienen. Wenn er einen positiven Beitrag zum Anstieg des Bruttosozialproduktes leistet, sollte jeder herzlich willkommen sein.

Die Rohstoffmärkte

Jeder, der sich mit Edelstahl Rostfrei beschäftigt, verfolgt den Nickelkurs. Der gab in 2016 wirklich nichts Spektakuläres her (siehe Höchst- und Tiefstwerte in der nachstehenden Tabelle). Ursächlich ist China schuld, wenn sich der Edelstahlmarkt verändert, denn ca. 50% der weltweit hergestellten Edelstahlmengen stammen aus chinesischer Produktion.

Durch die veränderte Währungsparität US-\$/€ (Nickel wird in US-\$ berechnet) erhöhte sich der Preis zum Spätherbst 2016. Zusammenfassend kann man sagen, dass sich der „kranke Nickel“ zwar etwas erholt hat, aber längst nicht gesund ist.

Molybdän ist nicht erwähnenswert, denn seit Monaten dümpelt der Preis mit unwesentlichen Ausschlägen nach oben oder unten vor sich hin.

Chrom wird quartalsweise festgeschrieben. Zum I. Quartal 2017 wurde mit einer Erhöhung gerechnet. Dass die südafrikanische Chrom bei der europäischen Rostfreiindustrie allerdings eine Erhöhung von 55 US-\$/lb (ca. 1.215 US-\$ per Tonne), also knapp 50%, durchsetzten, war äußerst verblüffend.

In den nächsten Monaten wird die Politik bestimmen, wie sich der Edelstahlmarkt (also auch die Rohstoffpreise) verändern. Einfluss hat: eine stabile oder auseinander triftende Eurozone; die Ausfuhrverbote der indonesischen Regierung für raffinierte Nickelerze; die Politik des neuen US-Präsidenten Donald Trump; der neue 5-Jahresplan der Chinesen unter Leitung des Präsidenten Xi Jinping. Diese Kurzaufzählung einiger Faktoren zeigt – es wird spannend! Ob der durchschnittliche Preis für Nickel, den die Fachleute mit über 11.600 US-\$/to prognostizieren, erreicht wird, werden wir wohl erst Ende des Jahres sehen.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.1910	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1.0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
23.01.2017	1.0724	9.770	9.850	371.970	910	1.421

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2016 €/to	Höchste LZ 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 Trend	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
4016	03/16 - 400	12/16 - 552	624	810										
4113	03/16 - 474	12/16 - 672	754	945										
4301	03/16 - 827	12/16 - 1.196	1.340	1.434										
4310 *)	03/16 - 780	12/16 - 1.124	1.261	1.365										
4310Mo*)	03/16 - 807	12/16 - 1.175	1.315	1.415										
4404	03/16 - 1.134	12/16 - 1.680	1.873	1.947										
4509	03/16 - 517	12/16 - 667	742	929										
4521	03/16 - 633	12/16 - 879	973	1.169										
4539	03/16 - 1.976	12/16 - 2.954	3.292	3.260										
4571	03/16 - 1.150	12/16 - 1.703	1.899	1.969										
4828	03/16 - 1.047	12/16 - 1.518	1.701	1.773										

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2016 €/to	tiefst 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 €/to	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Dez.. 295	Feb/Apr /Mai 190	390											
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Dez. 1.080	Jan. 740	1.130											
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Dez. 1.350	Jan/Mai 1.000	1.710											

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team